

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 112/2012 (BJD)

**Interpellation Manfred Küng (SVP, Kriegstetten): Vorkehren im Energiebereich
(05.09.2012)**

Der Bundesrat hat festgehalten, dass der Ausstieg aus der Kernenergie nur realisiert werden kann, wenn massiv Energie gespart wird. Je nach Szenario sollen die Strompreise verdoppelt oder verdreifacht werden. Der Benzinpreis soll auf über CHF 5.- je Liter verteuert werden. Ebenso sollen Gas und Öl verteuert werden. Mit diesen Preiserhöhungen soll das Energiesparen erzwungen werden. Preisempfindlich reagieren private Haushalte (z.B. Familien, Rentner, Studierende) und Unternehmen (z.B. Industrie, Dienstleistungs- und Handwerksgewerbe, Landwirtschaftsbetriebe). Demgegenüber sind die kommunalen und kantonalen Verwaltungen weniger preissensitiv, weil sie Teuerungen über Steuer- und Gebührenerhöhungen abwälzen können, was wiederum die Privaten und die Unternehmen verstärkt trifft. In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat höflich ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Regierungsrat auch der Auffassung, dass eine Reduktion des Energieverbrauchs nicht nur Sache der Privaten und der Unternehmen, sondern auch der kommunalen und kantonalen Verwaltungen sein muss?
2. Ist der Regierungsrat darüber informiert, welches Amt und welches Departement samt öffentlich-rechtlicher Annexanstalten wie viel Energie je nach Energieart (Gas, Heizöl, Diesel, Benzin, Holz, Kohle, Strom) und zu welchen Kosten konsumiert?
3. Die Einwohnergemeinde Kriegstetten dokumentiert mit wenig Verwaltungsaufwand ihren effektiven Energieverbrauch nach Energiemenge und Kosten jährlich in einer Energiebilanz und verfügt so über ein Instrument zur Verbrauchssteuerung und zur Dokumentation des Energieverbrauchs. Wäre der Regierungsrat bereit, mit einem ähnlichen Instrument die Entwicklung des Energiekonsums in der kantonalen Verwaltung zu dokumentieren und zu steuern?
4. Hat die Regierung schon konkrete Massnahmen geplant oder getroffen, um den Energieverbrauch der kantonalen Verwaltung in den nächsten zehn Jahren um einen Drittel zu reduzieren und kann die Regierung dokumentieren, wie weit der Energiekonsum von 2011 gegenüber 2010 abgesenkt werden konnte?
5. Welche Massnahmen plant die Regierung, damit die aus einem allfälligen Kernenergieausstieg anfallenden Lasten nicht nur Private und Unternehmen trifft, sondern auch von den kommunalen und kantonalen Verwaltungen getragen werden?
6. Ist der Regierungsrat auch der Auffassung, dass massive Energiepreiserhöhungen negative Auswirkungen auf jene Rentner haben, die keine oder keine ausreichende 2. Säule und nur eine niedrige AHV-Rente haben? Ist die Vermutung zutreffend, dass es sich dabei insbesondere um Personen handelt, die Ergänzungsleistungen beziehen müssen? Verfügt der Regierungsrat bereits über Schätzungen, wie die erhöhten Preise für Strom, Gas und Öl sich auf die Haushalte von solchen Personen auswirken, ob deswegen die Ergänzungsleistungen zunehmen werden und welche finanzielle Zusatzbelastungen und gesteigerten Verwaltungsaufwendungen auf die Gemeinden zukommen werden?

Begründung (05.09.2012): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Manfred Küng (1)